Wolfgang Blandow
Gewalt in der Geesthachter Kommunalpolitik

Ein Beitrag zur Auseinandersetzung von SPD und KPD in der Weimarer Republik

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" veröffentlichte am 6. 4. 1946 einen Aufruf zur Arbeitereinheit in Geesthacht:

„Und daher richten wir an die Leitungen der KPD und der SPD den dringenden Appell, die ganze Kraft und das ganze Streben dafür einzusetzen, daß es niemals wieder zu einem Bruderkampf zwischen den beiden Arbeiterparteien kommt. Denn das 12jährige nationalsozialistische Regime hat mit grausamer Deutlichkeit gezeigt, wer dabei zum Schaden des ganzen Volkes der lachende Dritte ist. Zieht aus den Fehlern, die beide Parteien in der Vergangenheit begangen haben, eure Lehren zum Wohle eines neuen, wahrhaft demokratischen Deutschland und schafft eine Einheit zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen."

18 Jahre früher wäre ein solcher Aufruf der Geesthachter Kommunisten unmöglich gewesen. Der ideologische Konflikt zwischen den beiden Arbeiterparteien im allgemeinen, aber auch das besondere Kräfteverhältnis von SPD und KPD in der Geesthachter Kommunalpolitik führten in der Stadt Geesthacht zu tiefen Zerwürfnissen zwischen beiden Parteien. Sie fanden ihren Höhepunkt in jenen gewalttätigen Auseinandersetzungen des Jahres 1928, deren Schilderung Gegenstand dieses Aufsatzes sein soll. Sie sind ein Beispiel für die vielerorts herrschende politische Unkultur in der ersten deutschen Republik, wo anstelle von Argumenten die Fäuste zur Überzeugung politisch Andersdenkender eingesetzt wurden.

Geesthacht, im südlichen Teil Schleswig-Holsteins gelegen und heute dem Kreis Herzogtum Lauenburg zugehörig, war gegen Ende der zwanziger Jahre ein hamburgisches Landstädtchen mit etwa 5000 Einwohnern. Das Besondere an Geesthacht war, daß es einen im Vergleich zu anderen Gemeinden hohen Anteil an Arbeitern unter der erwerbstätigen Bevölkerung hatte. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1925 waren von den 2265 Erwerbstätigen der Stadt 1438 Arbeiter und Hausangestellte, 396 Selbständige, 308 Angestellte oder Beamte und 123 mithelfende Familienangehörige.[1] Beschäftigung hatten die Arbeiter bis zum Ende des 1. Weltkrieges vor allem in den beiden am Elbufer gelegenen Sprengstoffabriken Düneberg und Krümmel gefunden. Nach deren Stillegung in der darauffolgenden Zeit wurde ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung beschäftigungslos. Dieses führte nicht nur zu erheblichen sozialen und finanziellen Problemen für die Stadt Geesthacht, sondern auch zur politischen Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung, die in einem ungewöhnlich hohen Stimmenanteil zuerst für die USPD, später für die KPD ihren Niederschlag fand. Einige Wahlergebnisse mögen dies verdeutlichen:[2]

Schleswig-Holstein heute

[1] H.-J. Zimmermann: Ein Wahlkreis im Vorfeld der Großstadt Hamburg: Geesthacht/Hzgtm. Lauenburg, S. 298, in: „Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß", hrsg. von Peter Steinbach, Stuttgart 1982.

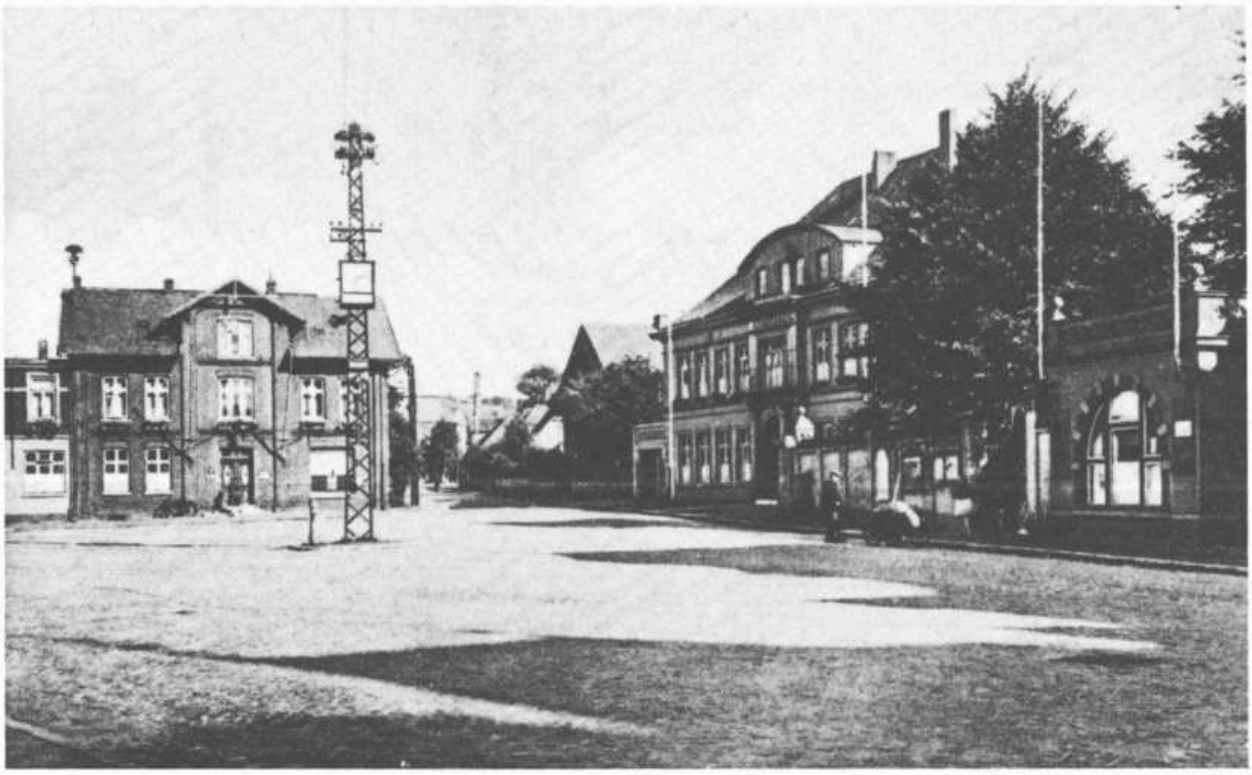
[2] Geesthacht, 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890–1950 von August Ziehl, S. 51, Verlag der VVN, Ortsgruppe Geesthacht, 1951.

Tabelle 1: Wahlen in Geesthacht 1919 bis 1927

Wahlen	gültige Stimmen SPD	USPD	KPD	bürgerl. Parteien
Nat.Vers. Jan. 1919	1551	867	–	861
Stadtvertretung April 1919	885	977	–	784
Stadtvertretung Juni 1921	786	–	1017	978
Stadtvertretung März 1924	588	–	1187	1076
Stadtvertretung Okt. 1927	686	–	1286	1078

Die KPD hatte in Geesthacht nicht nur außergewöhnlich gute Wahlergebnisse aufzuweisen, sie besaß auch organisatorisch in der Geesthachter Arbeiterschaft einen starken Rückhalt. So schreibt die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" am 4. 8. 1927 anläßlich einer Werbewoche für die KPD, daß es das Ziel der Partei sei, die Mitgliederzahl der SPD in Geesthacht von 1914 (600) wieder zu erreichen. Die Geesthachter SPD konnte nicht annähernd einen so hohen Organisationsgrad aufweisen. Sie war dort eher die Partei der Facharbeiter und Handwerker, während sich in der Geesthachter KPD die ungelernten, vielfach arbeitslosen Industriearbeiter organisierten. Als Beleg dafür lassen sich die Berufsangaben für die Kandidaten zur Stadtvertreterwahl im Jahr 1927 anführen. Von den 19 Kandidaten der SPD waren einer Lehrer, vierzehn Handwer-

Das Zentrum von Geesthacht mit Marktplatz und Rathaus in den 30er Jahren. Die kleine Provinzstadt hatte trotz seiner ländlichen Lage einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Arbeitern an der Gesamtbevölkerung (Foto: W. Hinzmann)



ker und vier Arbeiter, von den 30 Kandidaten der KPD waren sechsundzwanzig Arbeiter, zwei Hausfrauen und zwei Handwerker.[3] Den sozialen Unterschieden bei den Mitgliedern entsprach die unterschiedliche politische Zielsetzung. Die SPD bekannte sich im wesentlichen zur republikanisch-demokratischen Staatsordnung der Weimarer Republik, die KPD drängte auf revolutionäre Veränderungen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie fühlte sich dabei als legitime Nachfolgerin der Vorkriegs-SPD.[4]

Nach der Stadtverordnetenwahl am 23. 10. 1927 schrieb das sozialdemokratische „Hamburger Echo":

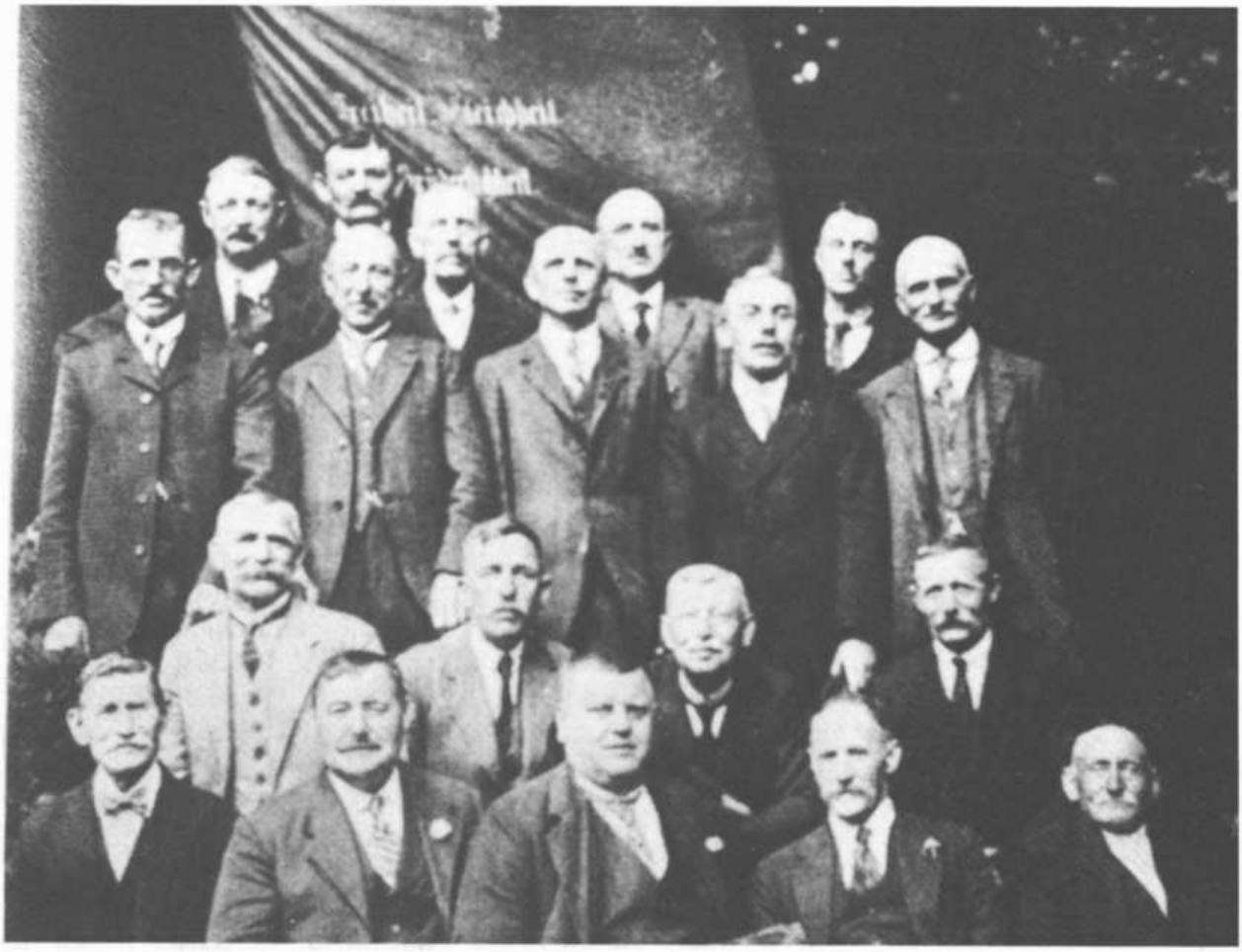
„Noch bei keiner Wahl ist so fieberhaft gearbeitet worden, kein Wahlresultat ist mit größerer Spannung erwartet worden. Die KPD zog den ganzen Tag mit ihrer Rot-Frontkämpfer-Kapelle umher und machte auf den freien Plätzen Kaspertheater mit Pappfiguren. Eine recht sinnige und passende Demonstration kommunistischer kommunalpolitischer Tätigkeit . . .

Das Ergebnis für die Bürgervertretung wird sein: 9 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten und 6 Bürgerliche. Der Rat wird künftig wieder aus 3 Kommunisten, 2 Bürgerlichen und 1 Sozialdemokraten bestehen. Die Stadtvertretung wird dementsprechend, da sie aus Bürgervertretung und Rat besteht, 12 Kommunisten, 8 Bürgerliche und 5 Sozialdemokraten zählen und dazu den Bürgermeister . . ."

Die Kommunisten hatten ihr Ziel, die absolute Mehrheit in der

[3] StA Hamburg, Landherrenschaft Hauptregister XXVII B 163/1, Bd. 6.
[4] Hamburger Volkszeitung v. 9. 9. 1927.

Geesthachter Veteranen der Arbeiterbewegung (KPD); August Ziehl: 2. v. rechts oben (aus: A. Ziehl: Geesthacht, 60 Jahre Arbeiterbewegung)



Stadtvertretung zu erreichen, knapp verfehlt. Trotzdem erhoben sie aufgrund ihrer starken Stellung den Anspruch, die städtische Kommunalpolitik in ihrem Sinne zu bestimmen, konnten dieses aber bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen oftmals nicht durchsetzen. Ihrer Verärgerung machten sie in der Folgezeit Luft durch immer heftigere Angriffe gegen den von ihnen als *„Diktator"* bezeichneten Bürgermeister Weltzien[5] und die Sozialdemokraten, die sie als *„Speichellecker des Bürgermeisters"*, *„verknöcherte Reformatoren"* und *„Arbeiterverräter"* bezeichneten.

Zum stellvertretenden Bürgermeister wurde der kommunistische Ratmann August Ziehl gewählt. Er hatte bei Abwesenheit des Bürgermeisters die Möglichkeit, die Stadtvertretung einzuberufen. Davon machte er vor allem dann Gebrauch, wenn sich durch Abwesenheit des Bürgermeisters und einiger nichtkommunistischer Stadtvertreter eine Mehrheit für seine Partei ergab. Eine solche Gelegenheit bot sich am 10. Juli 1928.

Nach dem Sitzungsprotokoll[6] erschienen zu dieser Sitzung nur die 12 Stadtvertreter der KPD. Ratmann Ziehl stellte gem. Art. 36 der Hamburgischen Städteordnung v. 8. 1. 1924 die Beschlußunfähigkeit der Stadtvertretung fest, da weniger als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend war, und setzte als neuen Sitzungstermin Samstag, den 14. 7. 1928 fest.

Auch zu dieser Sitzung erschienen nur die kommunistischen Stadtvertreter. Ziehl erklärte die Stadtvertretung diesmal unter Hinweis auf die Städteordnung für beschlußfähig und ließ durch seine Genossen einige der KPD wichtige Beschlüsse fassen. Publizistisch brachte er den Alleingang seiner Fraktion einige Tage später wie folgt an die Öffentlichkeit:

„Unter Anwesenheit aller 12 kommunistischen Vertreter fand am Sonnabend die zweite beschlußfähige Stadtvertreterversammlung statt. Alle bürgerlichen und verbürgerlichten Vertreter waren nicht erschienen, anscheinend, weil ihr Leithammel nicht zur Stelle war. Arme Stadtvertreter, die selbst keine Meinung haben und wegen ihres Grundsatzes – eine Hand wäscht die andere – alle Politik mitmachen, wie es dem Diktator Weltzien, der zur Zeit in Ferien gegangen ist, beliebt... Ohne alle Arbeiterfeinde wurden dann alle 8 Tagesordnungspunkte in voller Einmütigkeit angenommen, ohne daß in Geesthacht alles auf den Kopf gestellt wird, wie es in den krausen Gehirnen der Geesthachter Spießer spukt..."[7]

Die Beschlüsse der Kommunisten lagen durchaus im Interesse der vielen arbeitslosen Arbeiter der Stadt Geesthacht; so hatten sie z. B. die Miete für kinderreiche Familien in den stadteigenen Neubauwohnungen auf jährlich 250 Mark festgesetzt. Ihre Erbitterung war deshalb groß, als die vorgesetzte Behörde der Stadt Geesthacht, die Landherrenschaft Hamburg, sämtliche Beschlüsse der Stadtvertretung vom 14. 7. für ungültig erklärte. Die Landherrenschaft hatte die Beschlüsse beanstandet, weil die Einberufungen zur 2. Stadtvertretersitzung nicht, wie in der Städteordnung vorgeschrieben, besonders ergangen, sondern bereits mit der Einladung zur ersten beschlußunfähigen Sitzung versandt worden waren. Da sie diesen formalen

[5] Julius Weltzien, Bürgermeister von Geesthacht v. 1. 4. 1924–1. 9. 1931.
[6] StA Hamburg, Landherrenschaft Hauptregister XXVII B 162 Band 16.
[7] Hamburger Volkszeitung v. 18. 7. 1928.

Grund schon allein als ausreichend ansah, hatte sie andere Gesichtspunkte, wie z. B. die angespannte Finanzsituation der Stadt Geesthacht, nicht mit angeführt.[8]

Karikatur aus „Das Rote Geesthacht" v. 28. 9. 1928

Löcher und Baracken, für Arbeiterkinder gut genug.
Für's Bürgermeisterhaus gehen jährlich Tausende drauf.

Zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 17. 8. 1928 mobilisierten die Kommunisten ihre Anhängerschaft. Diesmal waren Bürgermeister Weltzien und sämtliche Stadtvertreter anwesend. Als die Aufhebung der Beschlüsse vom 14. 7. auf der Tagesordnung stand, kam es zum Tumult. Die aufgereizten Anhänger der KPD beleidigten den Bürgermeister mit Worten wie *„Büffelkopp – du hest hier gor nix to seggen – holl dat Mul"*. Der darauf folgenden Aufforderung des Bürgermeisters, den Saal zu räumen, kamen nur wenige nach. Als dann die Polizei erschien, um den Saal gewaltsam zu räumen, kam es zu einem Handgemenge. Dabei schlug einer der Zuhörer dem kriegsversehrten Bürgermeister ins Gesicht und auf die Brust und stieß ihn schließlich auf einen Heizkörper. Selbst stellte der Täter diesen Vorfall Monate später vor dem Bergedorfer Schöffengericht so dar:

„Der Bürgermeister kam mit verschränkten Armen ganz wild auf die Zuschauer zu. Ich habe ihm ordentlich eins mit der Faust gegeben, so daß er zur Seite kippte und habe mich dann verduftet."[9]

Die „Hamburger Volkszeitung" nahm am 21. 8. 1928 ebenfalls zu den Vorkommnissen Stellung. Unter der Überschrift *„Der Diktator unter dem Schutze der Polizei"* schrieb sie u. a.: *„Meins (bürgerlicher Stadtvertreter) stellte den Antrag, daß alle Beschlüsse, die am 14. 7. gefaßt wurden, aufgehoben werden*

[8] StA Hamburg, Landherrenschaft Hauptregister XXVII B 162 Band 16.
[9] Bergedorf-Sander-Volksblatt v. 16. 5. 1929.

sollten. Diese Herausforderung und die Tatsache, daß der Bürgermeister beantragte, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken, rief bei den Vertretern des Proletariats und bei der zahlreichen Zuhörerschaft die größte Erregung hervor. Hatte der Bürgermeister, wie bei ihm üblich, auf das Lachen der Zuhörer diese zur Ruhe ermahnt, so steigerte sich jetzt seine Wut über die unerwünschten Zuhörer von Minute zu Minute. Er forderte einige bestimmte Zuhörer auf, den Sitzungssaal zu verlassen, was diese gar nicht konnten, da wegen Überfüllung die Eingangstür zugesperrt war. Durch seine Provokation wurde die Situation immer erregter. Er aber, statt nun ruhig abzuwarten, ging in die Nähe der Zuhörer und forderte sie einzeln auf, sofort den Saal zu verlassen. Ein Mann, der an dem Bürgermeister vorbeigehen mußte, war nach Berichten eines Augenzeugen von Weltzien gestoßen worden und gab dem Bürgermeister auf dessen Provokation einige Schläge ins Gesicht . . . Der Meier (SPD) wurde tätlich gegen einige Zuhörer und bekam dafür einige an die Ohren. Inzwischen hatte der Diktator die Geesthachter Polizei bestellt. Die Erregung wurde durch diese Gewaltmaßnahme immer größer. Die Unterbrechung der Sitzung wurde verlängert, in der Hoffnung, daß bald Verstärkung durch die Schönfeldersche Sipo (= Sicherheitspolizei, d. Verf.) *aus Hamburg eintreffen würde. Hatte doch schon am Morgen der Deutschnationale Meins erklärt, daß 50 Sipos und Kriminale in Geesthacht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eintreffen sollten . . .“*

Karikatur aus „Das Rote Geesthacht“ v. 28. 9. 1928

Die Arbeiterschaft von Geesthacht ist wach,
Stürzt des Mussolinis Thron — gibt ihm seinen Lohn.

Außerdem rief die „Volkszeitung" die Arbeiter zu einer öffentlichen Protestversammlung auf und forderte die Auflösung des Stadtparlaments. In einer Resolution gingen die Kommunisten mit ihren Gegnern hart ins Gericht. Der nachfolgende Text der Resolution zeigt sehr deutlich die unversöhnliche Haltung der Kommunisten in der Stadt Geesthacht zu jener Zeit. Er ist außerdem ein gutes Beispiel für die agitatorische Sprache der KPD, mit der sie ihre Anhängerschaft zu mobilisieren hoffte:

„Resolution

Die heutige von über 400 Personen besuchte Protestversammlung erhebt den schärfsten Protest gegen die arbeiterfeindliche Gewaltpolitik des Bürgermeisters und seiner Koalitionsbrüder von Klindworth bis Meins.

Während der Abwesenheit des Bürgermeisters wurden folgende Beschlüsse ordnungsgemäß gefaßt:

1. *Die Miete in den städtischen Neubauwohnungen beträgt für Kinderreiche jährlich 250 RM.*
2. *Die Wohnungen sollen durch das Wohnungsamt ausgelost werden.*
3. *Falls noch Baugelder übrig bleiben, soll hierfür in erster Linie ein Altersheim (Kleinwohnungen) gebaut werden.*
4. *Um den arbeiterfeindlichen Einfluß des Bürgermeisters zu brechen, werden 4 neue Verwaltungsausschüsse eingesetzt.*
5. *Keine Zahlung des Bürgermeistergehalts nach Gruppe 21, sondern nach Gruppe 18.*
6. *Zur Reichsstädtebundtagung wird kein Bürgermeister, sondern ein Vertreter der Arbeiterschaft delegiert.*
7. *Der Etat wurde in einer Form von der Komm. Fraktion beschlossen, die im notdürftigsten den Geesthachter Interessen Rechnung trägt.*
8. *Die Verwaltung (Arbeitsamt, Wohlfahrtsamt, Elektrizitätsverwaltung, Wohnungsamt) wird im Interesse der Bevölkerung wie auch aus finanziellen Gründen umgestellt u. a. m.*

Die vereinigte Koalition: Bürgermeister, bürgerlicher Mischmasch und die bürgerliche SPD beschloß den Anträgen des Bürgermeisters gemäß, und zwar:

1. *Die beschlossene Miete von 250 Reichsmark kommt nicht in Frage. Die Mieten müssen den Baukosten angepaßt werden, also 400 bis 500 RM jährlich.*
2. *Nicht das Wohnungsamt, sondern die Wohnungsbaukommission soll über diese Wohnungen verfügen. In erster Linie sollen einige Günstlinge des Bürgermeisters berücksichtigt werden.*
3. *Nicht Wohnungen für alte Leute, sondern die verbleibenden Baugelder sollen an sogenannte Baulustige, denen bereits Versprechungen gemacht wurden, gegeben werden.*
4. *Durch Antrag Meins wurden die 4 neuen Verwaltungsausschüsse aufgehoben, der Bürgermeister nach Gr. 21 (Gehalt 9500 RM bis 12 000 RM) eingestuft, zur Reichsstädtebundtagung wird der Bürgermeister delegiert u. a. m.*

Der Rat bewilligte dem monarchistischen Schützenverein 50 RM für ihren Rummel, und der Bürgermeister nahm daran

teil. Alle diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen sind nur möglich durch die Verräterdienste der SPD, wo ihr Führer Klindworth auch der Beschneidung der Teilnahme der Zuhörer an Sitzungen zustimmte.

Die Geesthachter Arbeiterschaft fordert daher:

1. *Fort mit diesem arbeiterfeindlichen Bürgermeister.*
2. *Fort mit dieser arbeiterfeindlichen Stadtvertretung, die allen Gewaltmaßnahmen von Weltzien zustimmt.*
3. *Sofortige Neuwahl der Stadtvertretung.*

Die Protestversammlung spricht der arbeiterfeindlichen SPD die schärfste Mißbilligung für ihre verräterische Haltung aus.

Sie wird des ferneren die arbeiterfeindlichen Geschäftsleute der Stadtvertretung nicht mehr als Kundschaft belästigen.

Die Bergedorfer Zeitung will mit ihren Lügenberichten die Hamburger Behörden scharf gegen Geesthacht machen.

Die Versammlung erwartet, daß alle Arbeiter dieses Lügenblatt sofort abbestellen und an deren Stelle das einzige Blatt der werktätigen Bevölkerung, die Hamburger Volkszeitung, abonnieren. Die Versammlung verspricht der Komm. Stadtvertretung, sie in allen ihren Maßnahmen zu unterstützen, damit endlich die Forderungen der Arbeiterschaft unterstützt werden und zur Geltung kommen.

Vers. am 21. 8. 28

einstimmig angenommen."[10]

Auch die Sozialdemokraten forderten aufgrund der geschilderten Vorkommnisse einen Rücktritt der Stadtvertreter und Neuwahlen. Die Verantwortung für die Ereignisse in der Stadtvertretung sahen sie bei den Kommunisten und vor allem bei deren Führer August Ziehl. Die Berichterstattung der (kommunistischen) „Hamburger Volkszeitung" bezeichnete das (sozialdemokratische) „Hamburger Echo" am 27. 8. 1928 als ein einziges Sammelsurium der dicksten Lügen, der unglaublichsten Verdrehungen und Verleumdungen. Schärfste Abwehr der kommunistischen Hetze durch schonungslose Gegenangriffe gegen Ziehl verlangten die Sozialdemokraten nach einem Bericht im „Hamburger Echo" v. 15. 9. 28.

Der Tumult in der Geesthachter Stadtvertretung hatte Monate später noch ein gerichtliches Nachspiel. Auf der Anklagebank vor dem Bergedorfer Schöffengericht saßen die Stadtvertreter Ziehl, Wahlgren und Komoss sowie 3 weitere Männer. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung des Bürgermeisters. Gegen den Angeklagten Graf, der für den tätlichen Angriff auf den Bürgermeister verantwortlich war, wurden 6 Monate Gefängnis verhängt, Ziehl erhielt 800 RM, Komoss 300 RM und die übrigen Angeklagten erhielten je 100 RM Geldstrafe.[11]

Am 1. 9. 1928 gab die Landherrenschaft die Beschlußunfähigkeit der Stadtvertretung durch Ausscheiden von 13 Bürgervertretern der KPD und der SPD bekannt und verfügte Neuwahlen für den Rest der bis zum Herbst 1930 laufenden regulären Amtszeit der Stadtvertretung. Als Wahltag bestimmte sie Sonntag, den 30. 9. 1928.

[10] StA Hamburg, Landherrenschaft Hauptregister XXVII B 18.

[11] Bergedorf-Sander – Volksblatt v. 16. 5. und 17. 5. 1929.

Die Sozialdemokraten eröffneten den Wahlkampf mit einem Flugblatt, in dem sie sich u. a. mit der Rolle des Kommunistenführers Ziehl bei dem Tumult in der Stadtvertretung auseinandersetzten. Ziehl sei der Hauptschuldige an den Vorkommnissen, worunter die ganze Stadt zu leiden habe und was ihren Ruf ernstlich gefährde. Seit Monaten betreibe er gegen den Bürgermeister und die Sozialdemokratie eine unerhörte Hetze. In Flugblättern, Zeitungsartikeln und Versammlungen habe er die Erregung seiner Anhänger bis zum Siedepunkt erhitzt. Dem sozialdemokratischen Bürgervertreter Meier habe er auf jener denkwürdigen Sitzung zugerufen: *„Deine Familie kann heute abend vergebens auf dich warten. Du kannst nachher deine Knochen zusammensuchen!"* Und der sozialdemokratischen Fraktion habe er zugerufen: *„Es dauert nicht lange, dann hängt ihr alle am Galgen!"* Gleichzeitig wurden im „Hamburger Echo" die alten Zeiten beschworen: Während der Revolutionswirren, der Zeit des Kapp-Putsches und der Inflationszeit habe man mit der USP und später der KPD durchaus sachlich zusammenarbeiten können. Das habe sich schlagartig geändert, als August Ziehl auf den Plan getreten sei . . .

Die Kommunisten brachten zu Beginn des Wahlkampfes ihre Wahlzeitung *„Das rote Geesthacht"*[12] heraus. In ihr erhoben sie Anspruch auf eine kommunistische Mehrheit in Geesthacht. Zu ihrem Hauptfeind erklärten sie deshalb auch die andere Arbeiterpartei, die SPD:

„Die Sozialdemokratische Partei, die den Hauptanspruch macht, Geesthacht vor dem Untergang zu retten, ist derartig mit Schandmalen des Arbeiterverrats behaftet, daß noch so raffinierte Lügenmethoden und Wahlversprechungen keinen Arbeiter dazu bewegen werden, dieser korrupten und verräterischen Partei ihre Stimme zu geben. Die wenigen, die noch bis jetzt hinter der falschen Flagge der SPD herliefen, sind inzwischen durch die Tatsachen eines Besseren belehrt worden. Denn – die Sozialdemokratie, das ist die Partei der Panzerkreuzerminister,[13] *die Partei des Müller-Kabinetts, die wohl 80 Millionen für ein Schlachtschiff, aber keinen Pfennig für hungernde Kinder übrig hat. Die SPD ist die Partei der brutalen Gummiknüppelattacken auf demonstrierende Jugendliche, Frauen und Gewerkschafter . . .*

Wer SPD wählt, legt sich selbst den Strick um den Hals und leistet dem Arbeiterverrat und der Politik gegen die Interessen der Werktätigen Vorschub . . .

Denkt daran, Arbeiterwähler, Männer und Frauen von Geesthacht, am 30. September, wie die Lerchl und Genossen mit den Bürgerlichen zusammen bestrebt sind, eine Miete festzusetzen, die von keiner kinderreichen Familie aufgebracht werden kann. Keine einzige Stimme für diese Arbeiterverräter!"

In der 2. Ausgabe ihrer Wahlzeitung vom 28. 9. 1928 nannte die KPD dann noch einmal ihre Wahlziele, zu denen u. a. die *„Beseitigung des Diktators Bürgermeister Weltzien"* gehörte.

Außerdem rief die Partei zu einem Demonstrationszug mit Fackeln und Musik durch Geesthacht auf, am Sonnabend, dem 29. September, abends 8 Uhr.

[12] Stadtarchiv Geesthacht, Bestand II/63.

[13] Im August 1928 hatte die Reichsregierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller, die von einer Koalition von SPD, DDP, Zentrum, DVP und BVP getragen wurde, dem Bau des von den Rechtsparteien und dem Reichswehrminister Groener geforderten Panzerkreuzers A zugestimmt. Der Reichskanzler und seine sozialdemokratischen Minister riefen durch diese Entscheidung bei großen Teilen der eigenen Partei und bei der KPD einen Sturm der Empörung hervor. Motiv für die Entscheidung der sozialdemokratischen Minister war der Bestand der Reichsregierung.

Nach Schwerin flog Weltzien aus Geesthacht.
Wohl verdient und Ziehl gerecht: Es ist vollbracht.

Karikatur aus „Das Rote Geesthacht" v. 28. 9. 1928

Die Sozialdemokraten hatten bereits Tage vorher Kenntnis von der geplanten Demonstration der Kommunisten erhalten. Am 27. 9. 1928 schrieb das „Hamburger Echo":

„Rotfrontkämpfer heraus! Das ist jetzt die Parole Ziehls. Aus dem ganzen Kreis Lauenburg, aus Hamburg und Bergedorf werden sie aufmarschieren und am kommenden Sonnabend und Sonntag mit Hörner- und Schalmeienklang durch die Straßen Geesthachts ziehen. 1000 Mann sollen kommen. Und der Zweck der Sache? Nun ganz einfach! Die Rotfrontkämpfer sollen die mattgewordene Begeisterung der Ziehlanhänger wieder etwas aufrütteln. Sie sollen Schwung in den Kram bringen und sie sollen – und das ist zweifellos die Hauptabsicht Ziehls – die Wählerschaft, soweit sie nicht getreue Nachläufer Ziehls sind, einschüchtern, sie von der Wahl zurückhalten.

Das ganze ist nichts als ein groß angelegter Einschüchterungsversuch, mit dem Zweck, durch Wahlenthaltung die schwankende Position der KPD und vor allem Ziehls zu retten."

Die Sozialdemokraten ließen es aber damit nicht genug sein. Um den Kommunisten bei ihrem Demonstrationszug den Wind aus den Segeln zu nehmen, organisierten sie zum gleichen Zeitpunkt eine Veranstaltung des politischen Kabaretts *„Lachen links"* aus Hamburg und meldeten für den Wahlsonntag ein Platzkonzert des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf dem Geesthachter Marktplatz an.

Am 29. September kam es nach einer Stellungnahme des Hamburger Senats zu keinen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Rotfront-Kämpfer, Ortsgruppe Geesthacht, 1928 (aus: A. Ziehl: Geesthacht, 60 Jahre Arbeiterbewegung)

„Der Fackelzug der KPD, an dem etwa 400–500 Rotfrontkämpfer und eine Anzahl von Zivilisten teilnahmen, vollzog sich in völliger Ordnung. Auch die polizeilich gesicherte Kabarettveranstaltung der SPD wurde nicht gestört. Am Wahlsonntag trafen dann etwa 1500 Reichsbannerleute auf Lastkraftwagen, außerdem aber auch Teile der „Roten Marine" in Geesthacht ein.

Kurz nach 12 Uhr kam es im Garten der Gastwirtschaft von Petersen (Sielstr.) zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Angehörigen des Rotfrontkämpferbundes. Die Schlägerei hatte 2 schwer verletzte Rotfrontkämpfer und etwa 15 Leichtverletzte auf beiden Seiten zur Folge.

Die teilweise noch in Kolonnen in den Straßen stehenden Abteilungen des Reichsbanners verließen auf Ersuchen der Polizei das Stadtinnere. Als sich die Formation zwischen 15 und 16 Uhr an der äußeren Peripherie im Norden der Stadt bewegte, entwickelte sich im oberen Teil der Hegebergstr. eine zweite Schlägerei. Dort war eine kleinere Abteilung der Rotfrontkämpfer mit dem Zuge des Reichsbanners zusammengeraten. Die Schlägerei vollzog sich auf einem größeren Raum auf den Heideflächen am Runden Berg. Hierbei wurde teilweise mit gefährlichen Schlagwerkzeugen gekämpft (hölzerne Latten, Totschläger). Während des Kampfes fielen etwa 6 bis 7 Schüsse. Die Polizei, die sofort auf dem vom Stadtinneren ziemlich weit abgelegenen Kampfplatz einschritt, konnte die Streitenden in kurzer Zeit trennen. Die Schlägerei hat etwa 20 Minuten gedauert.

Das Ergebnis waren 1 Toter (Rotfrontkämpfer, Brustschuß), etwa 4 Schwerverletzte und etwa 40 Leichtverletzte auf beiden Seiten. Bei den Leichtverletzten handelte es sich durchweg um geringfügige Kopfverletzungen.

Sofort nach der Schlägerei hat die Landherrenschaft die Leiter der beiden Organisationen, Andrè (KPD) und Dr. Haubach (SPD), dazu verpflichtet, daß zuerst die Rotfrontkämpfer und nach etwa 1½ Stunden die Reichsbannerleute geschlossen abrücken sollten, damit die Stadt bei Anbruch der Dunkelheit vollständig geräumt sei. Beide Organisationen haben die Vereinbarung fristgemäß innegehalten.

Vor den Wahllokalen sind während des Nachmittags Zwischenfälle nicht mehr vorgekommen. Gleichwohl ist die Wahlhandlung ohne Wissen der Landherrenschaft abgebrochen worden."[14]

Soweit die Stellungnahme des Senats der Stadt Hamburg, aus der die Verantwortlichkeit für die Gewalttätigkeiten am Geesthachter Wahlsonntag nicht hervorgeht. Ein klares Bild darüber, wer für die Vorfälle strafrechtlich verantwortlich zu machen war, konnte auch bei der später folgenden gerichtlichen Untersuchung nicht gewonnen werden. Ende 1929 wurde das Verfahren wegen mangelnder Beweise gegen einzelne Beschuldigte durch Beschluß der zuständigen Hamburger Strafkammer eingestellt.[15]

Die streitenden Parteien hatten die Schuldigen für die blutigen Vorgänge allerdings sehr schnell ausgemacht. In ihrer Presse und in Flugblättern lasteten sie bereits am folgenden Tag die volle Verantwortung für das Geschehen der jeweils anderen Partei und ihren Kampforganisationen an.

„Kommunistische Blutschuld" und *„Geesthacht unter kommunistischem Terror"* schrieben die Sozialdemokraten. Geesthacht habe am Wahltag unter dem Terror der Rotfrontleute gestanden. Der Aufmarsch des Reichsbanners habe dagegen nur für einen ruhigen Wahlverlauf sorgen sollen. Die Rotfrontkämpfer seien es gewesen, die zuerst am Vormittag vollkommen grundlos auf die im Lokal Petersen frühstückenden Reichsbannerleute eingeschlagen hätten. Auch am Nachmittag, als die Reichsbannerabteilungen aus dem Stadtinneren in Richtung Geesthachter Gehölz abgezogen seien, um eine Geländeübung abzuhalten, seien es die Rotfrontleute gewesen, die mit einem Steinhagel auf die Reisbannerleute losgegangen seien. Im Schatten der Tannen und Laubbäume am Rande des Geesthachter Gehölzes sei es dann zu einem Kampf gekommen, wie er sich schlimmer und erbitterter in einem wahren Krieg nicht abspielen könnte. Von den Rotfrontlern sei schließlich geschossen worden.[16]

„Leider haben die Schießhelden einen ihrer eigenen Leute dabei erschossen", behauptete die SPD in einem bereits am 1. 10. 1928 verbreiteten Flugblatt.

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" veröffentlichte am 1. 10. 1928 einen Artikel, in welchem sie die Verantwortlichkeit für die blutigen Ereignisse allein dem Reichsbanner zurechnete: Die sozialfaschistischen Rollkommandos des Dr. Haubach, die bereits beim Bürgerschaftswahlkampf und beim Treffen der Gewerkschaftsjugend ihr gründliches Handwerk verrichtet hätten, hätten erneut Arbeiterblut vergossen. *„Nach kleineren Reibereien am Morgen und Mittag kam es*

[14] Hamburger Echo v. 4. 10. 1928.
[15] Hamburger Anzeiger v. 4. 1. 1930.
[16] Hamburger Echo v. 1. 10. 1928.

Rot-Front verhindert politische Wahlen in Geesthacht!

Was hat sich in Geesthacht zugetragen?

Wie die Kommunisten mit ihrer Rot-Front-Garde die „geistige" Auseinandersetzung verstehen, haben sie gestern wieder einmal bewiesen.

Bereits am Sonnabend zogen sie auf, um die Wählerschaft durch Terror zu beeinflussen. Um eine ruhige Wahl zu gewährleisten, marschierte am Sonntag auch das Reichsbanner auf.

Eine Abteilung wurde im Lokale von Petersen untergebracht. Als die Reichsbannerleute ihr Frühstück verzehrten, drangen plötzlich Rot-Frontleute ein. Von der Polizei zurückgedrängt, stiegen sie, weil das Gartentor geschlossen wurde, über den Zaun, den sie dabei niederrissen, in das Lokal ein und zerschlugen Tische und Stühle, zertrümmerten die Fenster und verletzten mehrere Reichsbannerleute.

Da im Hause auch ein Wahllokal war, wurde die Wahl wegen dieses Vorganges geschlossen.

Um 2 Uhr marschierte das Reichsbanner zum Geländespiel in den Geesthachter Wald. In der Hegebergstraße passierte der Zug das Lokal von Warnecke (deutschnational); im Lokal hatten 100 Rot-Frontleute Standquartier bezogen. Als die letzte Abteilung Reichsbanner vorbeizog, setzte über den geschlossenen Zaun hinweg ein Steinhagel ein. Faustgroße Steine, Mauersteine, Feldsteine verletzten mehrere Reichsbannerkameraden.

Schnell hinzugeeilte Rot-Frontleute als Verstärkung griffen vom Rundenberg herkommend ein, schlugen wie besessen auf einige aus dem Wald vorgedrungene Reichsbannerleute ein.

Plötzlich wurde von den Rot-Frontleuten geschossen. Durch Zeugen ist das einwandfrei nachgewiesen worden.

Leider haben die Schießhelden einen ihrer eigenen Leute dabei erschossen. Ein Toter, mehr als 80 Verletzte, Zerschlagung der Wahlen in Geesthacht: das ist der Erfolg der Rot-Frontprovokation in Geesthacht!

Mit Abscheu wendet sich die auf dem Boden der Demokratie stehende Arbeiterschaft von dem Wegelagerergesindel der Kommunistischen Partei ab, die nur mit dem Appell an die niedrigsten Instinkte ihre Anhänger zu halten vermag. Wie bei den Wahlkämpfen zum Reichstag, sind es auch diesmal die Kommunisten, die, nachdem sie durch hetzerische und verleumderische Propaganda die Atmosphäre vergiftet haben, sich nicht scheuten, wiederum Mittel der rohesten Gewalt für den politischen Kampf anzuspannen.

Die Tat von Geesthacht ist ruchlos geplant worden! Viele Verletzte, ein Toter sind ihre Opfer!

Arbeiter! Bürger! Sorgt durch Euer Eintreten für die Sozialdemokratie dafür, daß der Verhetzung und Vergiftung ein Ende gemacht wird!

Nicht frecher Terror, sondern demokratische Freiheit, Waffen des Geistes sollen den politischen Kampf entscheiden!

Sozialdemokratische Partei, Hamburg.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

nachmittags zu einem regelrechten Kampf zwischen RFB und Sozialfaschisten, die aus dem Hinterhalt zahlreiche Revolverschüsse in geschlossenen Formationen des RFB abgaben. Ein Angehöriger der Roten Marine wurde durch Herzschuß sofort getötet, andere wälzten sich in ihrem Blut. Insgesamt sind über 200 Personen verletzt worden. Die Verletzten sind zumeist Rotfrontkämpfer und Geesthachter Einwohner, auf die die Reichsbannerleute ebenfalls blindwütig einschlugen. Polizeilicherseits wurden zahlreiche Waffen bei den Reichsbannerleuten beschlagnahmt, neben Schußwaffen, Stahlruten, Gummiknüppel, Totschläger usw.

Die Häufung der blutigen Provokation des Reichsbannerrollkommandos beweist, daß die sozialfaschistischen Führer des Reichsbanners und der SPD die Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie gegeneinander hetzen wollen, gerade in einem Zeitabschnitt, wo Preisniveau, Kriegsgefahr und Rüstungen der Faschisten das werktätige Volk in einheitliche Abwehr zwingen."[17]

Auch die KPD verbreitete unmittelbar nach den geschilderten Ereignissen ein Flugblatt mit dem Titel *„Mord in Geesthacht – Blutiger Wahlterror des Reichsbanner Rollkommandos"*. Dieses sowie das oben erwähnte Flugblatt der SPD sind diesem Artikel beigefügt. Sie werden zum genauen Lesen empfohlen.

Der blutige Wahlsonntag forderte außer dem erwähnten Todesopfer noch ein zweites Menschenleben. Wenige Tage nach den Kämpfen erlag der 45jährige Reichsbannermann Friedrich Weier aus Hamburg seinen schweren Stichverletzungen, die ihm am Runden Berg zugefügt worden waren. Bei seiner Beisetzung forderte ein Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom Reich und von den Ländern endlich einmal mehr Energie, um die furchtbare Reihe von Opfern, die politische Banditen von rechts und von links dem Reichsbanner zugefügt hätten, zu beenden. Das Reichsbanner sei keine Organisation, die sich Funktionen des Staates anmaße. Solange der Staat seine Pflicht, die Bürger der Republik zu schützen, erfülle, solange habe das Reichsbanner sich immer zurückgehalten. Wo aber dieser Schutz nicht gewährleistet sei, da werde sich das Reichsbanner zu wehren wissen, mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck.[18]

Welche Folgen hatten nun die Geesthachter Ereignisse des Jahres 1928? Bei der Wahl zur Geesthachter Stadtvertretung, die am 7. 10. 1928 neu gewählt wurde, verloren die Kommunisten einen Sitz, die Bürgerlichen gewannen einen hinzu. Für die Sozialdemokratie änderte sich nichts. Dieses Ergebnis, von jeder Seite als Sieg gefeiert, dämpfte zumindest die aggressive Stimmung in den Sitzungen der Stadtvertretung. Gewalttätige Auseinandersetzungen wie im Jahr 1928 wiederholten sich jedenfalls in der Folgezeit nicht.

Die blutigen Auseinandersetzungen am Wahlsonntag des Jahres 1928 haben damals weit über die Grenzen Geesthachts und Hamburgs hinaus Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregt. Für das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien zueinander und für die Entwicklung eines gemeinsamen Willens zur Abwehr des langsam erstarkenden Nationalsozialismus waren

[17] Hamburger Volkszeitung v. 1. 10. 1928.
[18] Hamburger Echo v. 11. 10. 1928.

Mord in Geesthacht

Blutiger Wahlterror

des

Reichsbanner - Rollkommandos

1 Roter Mariner erschossen. — Ueber 100 Verletzte. Darunter 10 Schwerverletzte.

„Nieder mit dem roten Geesthacht" war die Losung der SPD-Führer zu dem auf gestern festgesetzten Gemeindewahlen in Geesthacht.

„Schlagt die roten Hunde tot."

war die Parole der nach Geesthacht kommandierten Rollkommandos

unter der Leitung des Reichsbannerführers und Leutnants a. D. Dr. Haubach.

In mustergültiger Ordnung waren die Kameraden des RFB und der Roten Marine schon am Sonnabend zur Wahlarbeit in Geesthacht aufmarschiert.

Am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr rückten die zur **Niederknüppelung der Wahlagitation der Kommunisten** herausgesuchten und mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffneten Reichsbanner-Rollkommandos in Stärke von 800 bis 1000 Mann in Geesthacht ein. Schon nach Eintreffen dieser faschistisch verseuchten Elemente wurde **von ihnen das Wahllokal von Petersen** besetzt.

Die Mordriegen des Reichsbanners

provozierten in der ungeheuerlichsten Weise nicht nur die ruhig ihre Wahlarbeit verrichtenden Rot-Front-Kämpfer, sondern terrorisierte auch die zur Wahl gehende Geesthachter Bevölkerung.

Ruhig des Weges gehende Rot-Frontkämpfer wurden mit Totschlägern und Stahlruten überfallen, verprügelt, ihrer Musikinstrumente beraubt und diese zerschlagen.

Um weitere Zusammenstöße mit dem Reichsbanner zu vermeiden, wurden die Abteilungen des RFB aus Geesthacht herausgezogen. Um 1.30 Uhr wurde eine Abteilung des RFB an seiner Anhöhe von mehreren Abteilungen des Reichsbanners und der Mordriege überfallen.

Blindwütig schossen diese Mordbanditen mit Revolver in die sich zur Wehr setzende Abtlg. des RFB. u. der Roten Marine

sie sicherlich verheerend, wie noch blutigere Ereignisse an anderen Orten des Reiches und der zunehmende Haß aufeinander bald zeigen sollten.

Neben zahlreichen Verwundeten, darunter viele mit Brust- und Bauchschüssen, wurde

das Mitglied der Roten Marine Kamerad Rüssel durch einen Herzschuß getötet.

Vor Besenhorst wurde eine Abteilung von 15 Jungfrontleuten von über 200 Reichsbannerfaschisten überfallen und so brutal geschlagen und mit Füßen getreten, daß vier von ihnen in das Lohmühlenkrankenhaus transportiert werden mußten. Bezeichnend ist, daß die Samariter des Reichsbanners mit den Worten:

Euch Lumpen verbinden wir nicht

jede Hilfeleistung ablehnten.

Die Polizei stand diesen Vorgängen völlig passiv gegenüber und beschränkte sich darauf, den Reichsbannerbanditen eine größere Anzahl Gummiknüppel und Totschläger abzunehmen.

Arbeiter und Klassengenossen!

Der Wahlterror bei den Bürgerschafts- und Reichstagswahlen in Hamburg, bei denen fünf RFB-Kameraden durch Schüsse dieser Mordriege verwundet wurden, hat seine Fortsetzung in den Vorgängen in Geesthacht gefunden.

Der Überfall des Reichsbanner-Rollkommandos auf die Gewerkschaftsjugend und die auf diese Vorgänge einsetzende Mordhetze der SPD- und Reichsbanner-Führer im „Hamburger Echo" zeigen ganz klar den politischen Zweck dieser organisierten Mordüberfälle.

Der Klassenkampf der Arbeiter gegen Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik, gegen Wirtschaftsdemokratie, für höhere Löhne und Achtstundentag soll durch die Verhetzung der Arbeiter gegeneinander verhindert werden.

Klassengenossen!

Verhindert diesen Schandstreich der reformistischen Führer, laßt euch nicht gegeneinander hetzen!

Schließt die einheitliche Kampffront gegen den Sozialimperialismus und Koalitionspolitik, gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgefahr!

Werdet Mitglied der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Lest die „Hamburger Volkszeitung."

Nieder mit der Mordhetze der Sozialfaschisten!

Nieder mit dem Panzerkreuzer-Sozialismus!

Zeichnet Euch ein zum Volksbegehren!

KPD., Bezirksleitung Wasserkante.

Verantwortlich: Max Maddelena, Hamburg. Druck: Graphische Industrie, e. G. m. b. H., Hambg.